



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

SC/027
"Europäische
Kommunikationspolitik"

Brüssel, den 6. Juli 2006

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

zum

"Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik"

KOM(2006) 35 endg.

Die Europäische Kommission beschloss am 1. Februar 2006 gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

"Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik"
KOM(2006) 35 endg.

Der Ausschuss beschloss auf seiner 424. Plenartagung am 15./16. Februar 2006 gemäß Artikel 19 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung, zur Vorbereitung seiner Arbeiten einen Unterausschuss einzusetzen.

Der mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Unterausschuss "Europäische Kommunikationspolitik" nahm seine Stellungnahme am 22. Juni 2006 an. Berichterstatterin war Frau van TURNHOUT.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 428. Plenartagung am 5./6. Juli 2006 (Sitzung vom 6. Juli) mit 108 Ja-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

Im Folgenden legt der Ausschuss seine Ansicht zu den fünf, von der Europäischen Kommission in ihrem Weißbuch genannten Punkten ausführlich dar. Letztendlich plädiert er nicht für eine zusätzliche Charta oder einen Verhaltenskodex, in denen allgemeine Grundsätze formuliert werden, sondern er ruft die Kommission erneut dazu auf, sich dem Problem der fehlenden Rechtsgrundlage für die Kommunikationspolitik zu stellen. Der Ausschuss macht auf ein zweifaches Problem bei der Finanzierung aufmerksam: die fehlenden finanziellen Mittel und die abschreckend komplizierten bürokratischen Verfahren für ihre Gewährung. Er begrüßt die praktischen Vorschläge zu Problemen wie der politischen Bildung bzw. bürgerschaftlichen Erziehung, weist darauf hin, dass die Hauptverantwortung für viele dieser Bereiche bei den Mitgliedstaaten liegt, und plädiert unter anderem dafür, dass die Bildungsminister über ein gemeinsames Konzept zur Geschichte der Europäischen Union beraten. Damit man die Bürger erreicht, braucht man zum einen deutliche und ansprechende Botschaften, eine klare Vision, die die Bürger annehmen können, zum anderen ein geeignetes Konzept und entsprechende Instrumente für die Kommunikation. Der Ausschuss ist bereit und willens, mit den anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, und er nimmt zur Kenntnis, dass sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen auf zentraler Ebene in vieler Hinsicht positiv entwickelt hat. Dennoch ersucht der Ausschuss, der ausdrücklich einen dezentralen Ansatz unterstützt, die Kommission eindringlich, weiter der Frage nachzugehen, wie wirkliche Synergien und interinstitutionelle Zusammenarbeit auf dezentraler Ebene erleichtert werden können. Der Ausschuss schlägt vor, dass das nach dem Weißbuch angekündigte Addendum zu dem Proto-

koll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss dieses besondere Thema behandeln sollte.

2. **Begründung**

2.1 Das Weißbuch der Europäischen Kommission über eine europäische Kommunikationspolitik (KOM(2006) 35 endg.) wurde am 1. Februar 2006 verabschiedet. Dies ist bereits das dritte Dokument der Kommission zum Thema Kommunikation innerhalb von sieben Monaten. Vorausgegangen waren folgende zwei Dokumente: der interne "Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa" (SEK(2005) 985 endg.), angenommen am 20. Juli 2005, und die Mitteilung "Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion" (KOM(2005) 494 endg.), angenommen am 13. Oktober 2005. In dem Weißbuch werden die Organe und Einrichtungen der EU zur Stellungnahme "auf dem üblichen institutionellen Weg" aufgefordert. Es wird eine Konsultation für sechs Monate angesetzt, nach deren Ablauf Bilanz gezogen werden soll, "damit für jeden Arbeitsbereich Maßnahmen vorgeschlagen werden können".

2.2 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seinerseits unlängst zwei Stellungnahmen zum Thema Kommunikation verabschiedet: erstens "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union" (CESE 1249/2005¹) vom 26. Oktober 2005, die dem Europäischen Parlament vorgelegt wurde, und zweitens die Stellungnahme zum "Plan D" der Kommission (CESE 1499/2005) vom 14. Dezember 2005². Beide Stellungnahmen enthalten eine Reihe praktischer Empfehlungen. Mit ihrer Sitzung am 6. April 2006 leitete die Gruppe Kommunikation des EWSA den Prozess der systematischen Überprüfung der Umsetzung dieser praktischen Empfehlungen ein.

2.3 Diese Stellungnahme zum Weißbuch sollte daher nicht alles durchgehen, was der Ausschuss bereits behandelt hat bzw. immer noch behandelt. Vielmehr sollte versucht werden, auf die fünf in dem Weißbuch genannten Hauptpunkte einzugehen. Hierbei handelt es sich um folgende:

- Gemeinsame Grundsätze festlegen: Wie kommen wir voran?
- Wie kann der Bürger erreicht werden?
- Wie können die Medien effizienter in die Kommunikation über Europa einbezogen werden?
- Wie kann die öffentliche Meinung in Europa noch besser eingeschätzt werden?
- Die Aufgabe gemeinsam angehen.

¹ ABl. C 28 vom 3.2.2006, S. 42-46.

² ABl. C 65 vom 17.3.2006, S. 92-93.

2.4 Außer den beiden oben genannten Stellungnahmen des Ausschusses und dem Weißbuch der Kommission liegen dem Unterausschuss und seiner Berichterstatterin verschiedene zusätzliche Quellen als Grundlage vor:

- die zusammenfassenden Berichte über die Debatten auf den Plenartagungen des EWSA seit Juni 2005, einschließlich der Debatte vom 20. April 2006, die speziell den im Weißbuch aufgeworfenen und oben bereits erwähnten Fragen gewidmet war,
- die Empfehlungen der Arbeitsgruppen, die während des Stakeholder-Forums des EWSA am 7./8. November 2005 in Brüssel zum Thema "Die Kluft überbrücken" abgegeben wurden,
- die zusammenfassenden Berichte verschiedener Aussprachen in der Gruppe Kommunikation,
- die am 17. Mai 2006 verabschiedete Initiativstellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Rat im Juni 2006.
- die Empfehlungen der Arbeitsgruppen, die während des Stakeholder-Forums des EWSA am 9./10. Mai 2006 in Budapest zum Thema "Die Kluft überbrücken" abgegeben wurden.

2.5 Diese Stellungnahme zum Weißbuch ist entsprechend den fünf im Dokument hervorgehobenen Fragen in fünf Abschnitte unterteilt und beschränkt sich in jedem dieser Abschnitte auf die Behandlung einer bzw. einiger weniger Schlüsselfragen.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1 **Gemeinsame Grundsätze festlegen: Wie kommen wir voran?**

3.1.1 Gerade bei der Vermittlung Europas ist die Rolle der Mitgliedstaaten entscheidend. In vielen anderen Bereichen sind es die Unternehmer, die Sozialpartner und Teile der Zivilgesellschaft, also kurz gesagt die dynamische Gesellschaft selbst, die erfolgreich eine ausschlaggebende Rolle wahrnimmt. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn es gilt, Europa einer möglichst breiten Basis zu vermitteln.

3.1.2 Die grundlegende Frage wäre hier, ob der Ausschuss dem folgenden Vorschlag der Kommission zustimmen kann oder nicht: "Die gemeinsamen Grundsätze und Standards, die für die Informations- und Kommunikationsarbeit zu europäischen Themen maßgeblich sein sollen, könnten in einem Rahmendokument - zum Beispiel einer Europäischen Charta oder einem Europäischen Verhaltenskodex zur Kommunikation - festgeschrieben werden. Dadurch sollten alle Beteiligten (EU-Institutionen, nationale, regionale und lokale Regierungen, Nichtregierungsorganisationen) sich dazu verpflichten, diese Grundsätze einzuhalten und für eine EU-Kommunikationspolitik im Interesse der Bürger zu sorgen."

- 3.1.3 Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die eigentliche Sorge der Europäischen Kommission in dieser Hinsicht das Fehlen einer echten Rechtsgrundlage für die Informations- und Kommunikationsarbeit der EU ist. Der Ausschuss hat sich zu diesem Thema bereits deutlich geäußert. In Ziffer 3.7 seiner auf Ersuchen des Europäischen Parlaments abgegebenen Stellungnahme vom 26. Oktober 2005 zur Phase des Nachdenkens heißt es insbesondere³: "Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission auf, die Vorlage eines Legislativvorschlags für eine echte Kommunikationspolitik in Betracht zu ziehen und auf diesem Weg das unausgesprochene Problem der fehlenden Rechtsgrundlage anzupacken, das zur Einrichtung derart zahlreicher informeller Mechanismen und einer inkohärenten Vorgehensweise geführt hat. Nach Meinung des Ausschusses würde schon die Vorlage eines derartigen Vorschlags eine Debatte anstoßen."
- 3.1.4 In dem Weißbuch wird angekündigt, dass die Kommission "nach Ablauf der Konsultationsphase ... die Ergebnisse der Konsultation vorlegen und dann erwägen [wird], ob eine Charta, ein Verhaltenskodex oder ein anderes Instrument vorgeschlagen werden soll." Diese Formulierung gibt dem Ausschuss Anlass zur Sorge, denn er hat Bedenken hinsichtlich des Ansatzes, den die Kommission hier möglicherweise vorschlagen wird.
- 3.1.5 Die Kommission verweist auf "gemeinsame Grundsätze und Standards" und stützt sich dabei auf die Verfahrensweise in einigen Mitgliedstaaten. Solche Grundsätze und Standards gehen jedoch über die Kommunikation und Information hinaus. Eine einfache Erklärung von Grundsätzen, die alle akzeptieren könnten, da sie ja de facto *bereits jetzt* zustimmen, würde keinen Mehrwert bringen. Andererseits könnte ein Verhaltenskodex oder eine Charta zu restriktiv erscheinen. Darüber hinaus sind solche Grundsätze bereits in verschiedenen grundlegenden Dokumenten enthalten. Beabsichtigt man andererseits jedoch, einen Verhaltenskodex für Medienakteure und andere Kommunikationsbereiche zu verfassen, könnte dies möglicherweise als Versuch der Manipulation der Debatte oder der Unterdrückung euroskeptischer Einstellungen angesehen werden. Außerdem dürfte das Ziel, alle Akteure zu verpflichten, unrealistisch sein, da aus den Referenden in Frankreich und den Niederlanden für alle Institutionen unter anderem die Lehre zu ziehen ist, dass eine wachsende Zahl von Akteuren den europäischen Integrationsprozess eben nicht automatisch unterstützt. Schließlich würde eine Unterzeichnung eines solchen Kodexes durch alle im Weißbuch genannten Akteure bedeuten, dass alle gleichermaßen für die Aufgaben im Bereich Kommunikation, denen sich die Europäische Union zu stellen hat, verantwortlich wären. Nach Auffassung des Ausschusses wäre es irreführend, einen solchen Eindruck zu vermitteln, da die Verantwortung in erster Linie bei den Regierungen der Mitgliedstaaten liegt und auch erkennbar liegen sollte.

³ "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union", (Dok. CESE 1249/2005) - ABl. C 28 vom 3.2.2006, S. 42-46.

3.1.6 Der Ausschuss hat Bedenken hinsichtlich der Absicht der Kommission, ein eigenes webgestütztes Bürgerforum einzurichten, um damit Meinungen zur Zweckmäßigkeit eines solchen Rahmendokuments einzuholen. Nicht alle Bürger Europas haben Zugang zu solch einem webgestützten Forum. Der Konsultationsprozess sollte unbedingt durch andere, traditionellere Medien unterstützt werden.

3.2 **Wie kann der Bürger erreicht werden?**

3.2.1 Der Ausschuss stellt fest, dass die finanziellen Mittel sehr beschränkt sind. Überdies besteht kein Zweifel, dass die nach der Verabschiedung der neuen Haushaltsordnung auferlegten Verfahren für die Gewährung von Mitteln aus den Fonds viele gut gemeinte Aktivitäten der Zivilgesellschaft erschweren bzw. im Keim ersticken.

3.2.2 Will man die Bürger wirklich erreichen, muss auf die Gründe ihrer Skepsis eingegangen werden: Erstens werden die Bürger immer kritischer hinsichtlich der Ergebnisse und Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zweitens fehlt es an einem politischen Diskurs, weshalb ein Bedarf an Kommunikation besteht. Das Konzept der Kommunikation muss jedoch geändert werden, damit etwas bewirkt werden kann.

3.2.3 Eine effiziente Kommunikation erfordert vor allem deutliche und ansprechende Botschaften, eine klare Vision, die die Bürger annehmen. Die Bürger wollen Europa als ein politisches Projekt mit einem sozioökonomischem Konzept, als ein europäisches Modell, das den sozialen Zusammenhalt wahrt und die Wettbewerbsfähigkeit steigert. Einige Ländern haben gezeigt, dass dies möglich ist.

3.2.4 Die Kommunikation ist zentralisiert und Europa zentriert. Sie findet überwiegend auf europäischer Ebene zwischen europäischen Akteuren und Institutionen sowie dem Projekt Europa bereits nahe stehenden Personen statt. Darüber hinaus werden Instrumente wie webgestützte Konsultationen eingesetzt, zu denen gewöhnlich nur ausgewählte Gruppen von Bürgern Zugang haben. Um die Bürger jedoch zu erreichen, müssen Maßnahmen zur Kommunikation entwickelt werden, die erstens zusätzliche Akteure einbeziehen, und zwar andere als nur die europäischen Institutionen und der EU bereits nahe stehende Personen. Zweitens müssen die Debatten dezentralisiert werden, d.h. auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene stattfinden, wobei die Entscheidungsträger und die Medien, die teilweise zuerst selbst überzeugt werden müssen, einzubeziehen sind.

3.2.5 In diesem Zusammenhang werden im Weißbuch eine Reihe praktischer Vorschläge, von der Verbesserung der politischen Bildung bzw. bürgerschaftlichen Erziehung bis hin zu gemeinsamen offenen Diskussionen, unterbreitet. Der Ausschuss unterstützt insbesondere die Argumente zugunsten der politischen Bildung bzw. bürgerschaftlichen Erziehung. Artikel 149 des EG-Vertrags legt jedoch klar die alleinige Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems fest, was auch im Weißbuch anerkannt wird. Aus diesem Grunde verbirgt sich hier eine Gefahr in zweierlei Hinsicht, wenn sich europä-

ische Institutionen für eine verstärkte politische Bildung bzw. bürgerschaftliche Erziehung aussprechen. Einerseits laufen sie Gefahr, der Einmischung in die souveränen Angelegenheiten der Regierungen der Mitgliedstaaten beschuldigt zu werden. Andererseits würden sie indirekt die Verantwortung für etwas übernehmen, für das sie in Wirklichkeit gar nicht verantwortlich sind.

- 3.2.6 Schließlich ist es für die Europäische Union erforderlich, dass ihre Bürger sich als Schicksalsgemeinschaft sehen. Zu diesem Zweck wäre es erstrebenswert, wenn die EU im Rahmen der Bildungsprogramme der Mitgliedstaaten behandelt und sowohl unter historischem Aspekt als auch aus heutiger Sicht als gemeinsames politisches Projekt aller Mitgliedstaaten und deren Bevölkerung erläutert würde. Dieses Thema sollte offen im Rat der Bildungsminister erörtert werden.
- 3.2.7 Dies bedeutet nicht, dass die EU-Institutionen nichts unternehmen sollten. Im Gegenteil, sie sollten sich alle mehr darauf konzentrieren, die Bürger Europas darüber zu informieren, wie die Europäische Union einen Mehrwert schafft. Es sollten Zielgruppen festgelegt und klare Erfolgsbeispiele der EU verbreitet werden.
- 3.2.8 Im Allgemeinen sollte den Bürgern das Gefühl vermittelt werden, dass sie an einem durchweg transparenten Rechtsetzungs- und Entscheidungsfindungsprozess teilhaben.

3.3 **Wie können die Medien effizienter in die Kommunikation über Europa einbezogen werden?**

- 3.3.1 In diesem Abschnitt schlägt die Kommission vor, dass die EU-Institutionen über bessere Kommunikationsinstrumente und -kapazitäten verfügen sollten, und untersucht Wege zur Überbrückung der "digitalen Kluft". Der Ausschuss bedauert, dass der von der Kommission beabsichtigte Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Presseagentur in der Endfassung des Weißbuches gestrichen wurde, hätte dies doch - ersten Reaktionen zufolge - eine umfassende Debatte über die Beziehung zwischen den in Brüssel ansässigen Medien und den EU-Institutionen ausgelöst.
- 3.3.2 Der Ausschuss unterstützt die in diesem Abschnitt dargelegten Maßnahmen. Er fordert die Kommission jedoch auf, zwischen Fachmedien und allgemeinen Medien zu unterscheiden. Fachmedien sind in der Regel gut informiert und bieten eine informative Berichterstattung. Außerdem möchte der Ausschuss betonen, dass das Fernsehen für die meisten Bürger Europas die Hauptinformationsquelle darstellt. Er fordert die Kommission auf, dies und die Art der schnellen Entwicklung des digitalen Fernsehens zu berücksichtigen, wenn sie eine allgemeine Strategie gleich welcher Art ausarbeitet. In diesem Zusammenhang betont der Ausschuss, dass es äußerst wichtig ist, mit den Bürgern in ihrer eigenen Sprache zu kommunizieren.

3.3.3 Der Ausschuss seinerseits wird seinen strategischen Kommunikationsplan weiter aktualisieren und umsetzen. Dies umfasst auch die ständige Prüfung seiner Kommunikationsmittel und ihrer Anwendung sowie die Sondierung innovativer Methoden (der Einsatz der "Open Space"-Methode während der Stakeholder-Foren zum Thema "Die Kluft überbrücken" am 7./8. November 2005 in Brüssel und am 9./10. Mai 2006 in Budapest war ein anschauliches Beispiel hierfür).

3.4 **Wie kann die öffentliche Meinung in Europa noch besser eingeschätzt werden?**

3.4.1 Die Kommission schlägt vor, ein Netzwerk nationaler Sachverständiger aufzubauen und ein Europäisches Meinungsforschungsinstitut einzurichten. Der Ausschuss ist mit dem Grundtenor des Weißbuches in diesem Bereich einverstanden. Insbesondere stimmt er zu, dass die Europäische Union mit Eurobarometer bereits über ein funktionsfähiges Instrument verfügt, obwohl er überzeugt ist, dass die Kommission auch bestrebt sein sollte, Verbindungen und Synergien mit nationalen Meinungsforschungsorganisationen zu entwickeln.

3.4.2 Ferner ist der Ausschuss der Ansicht, dass die Kommission die bereits vorhandenen Einrichtungen für die Einschätzung der öffentlichen Meinung, wie etwa den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, noch nicht ausreichend nutzt. Diesbezüglich hat der Ausschuss erfreut die Absichtserklärungen zur Kenntnis genommen, die in dem neuen Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (unterzeichnet am 7. November 2005) niedergelegt sind. Der Gedanke einer systematischeren Nutzung des Ausschusses als Resonanzboden könnte in dem im Anschluss an das Weißbuch geplanten Addendum zum Protokoll über die Zusammenarbeit, das Kommissionspräsident Barroso am 7. November 2005 angekündigt hat, weiterentwickelt werden.

3.5 **Die Aufgabe gemeinsam angehen**

3.5.1 Die Kommission zählt hier eine Reihe neuer, strukturierter Formen der Zusammenarbeit auf. Sie verweist auf die Rolle, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss bereits wahrnimmt, und verweist auf das am 7. November 2005 unterzeichnete neue Protokoll über die Zusammenarbeit⁴ zwischen beiden Institutionen. Letztere funktioniert auf zentraler Ebene gut. Der Ausschuss ist jedoch der Ansicht, dass sehr viel mehr getan werden könnte, um Synergien zwischen den Ressourcen der Kommission und des Ausschusses auf dezentraler Ebene zu fördern. Auch dies ist wahrscheinlich ein Bereich, auf den im Anschluss an das Weißbuch in dem Addendum zum Protokoll vom 7. November 2005 eingegangen werden könnte.

⁴ CESE 1391/2005.

4. **Erinnerung an frühere Empfehlungen des Ausschusses**

- 4.1 Der Ausschuss erinnert an seine früheren Empfehlungen an die Kommission im Bereich Kommunikation, insbesondere an diejenigen, die in der Anlage zu seiner Stellungnahme "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union", (CESE 1249/2005⁵) sowie in der Stellungnahme vom Mai "Beitrag zum Europäischen Rat am 15./16. Juni 2006 - Phase des Nachdenkens", enthalten sind.

Brüssel, den 6. Juli 2006

Die Präsidentin
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschusses

Anne-Marie SIGMUND

Patrick VENTURINI

*

* *

NB: Anhang auf den nächsten Seiten

⁵ ABl. C 28 vom 3.2.2006, S. 42-46.

Anhang

1. **Auszüge aus den Empfehlungen an die Europäische Kommission aus der Stellungnahme vom Oktober 2005 "Denkpause: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union"⁶**
- 1.1 Der Ausschuss begrüßt die Entschlossenheit der Europäischen Kommission, einen Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion vorzuschlagen. Er wird unverzüglich prüfen, ob dieser Plan der aktuellen Problematik angemessen ist. Der Ausschuss nimmt den in ihrem Aktionsplan vom 20. Juli 2005 für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa verankerten Beschluss zur Kenntnis, den Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten umfassende neue Mittel zur Verfügung zu stellen.
- 1.2 In diesem Zusammenhang fordert der Ausschuss die Vertretungen der Europäischen Kommission auf, anzuerkennen, dass die Ausschussmitglieder eine wesentliche, derzeit allerdings noch nicht ausreichend genützte Kommunikationsressource darstellen, die für die Debatten und Aktivitäten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene eingesetzt werden könnte und sollte.
- 1.3 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission ferner auf, die umfassende Einbindung des Ausschusses und seiner Mitglieder in die Initiativen sicherzustellen, die im "Plan D" nach seiner Prüfung durch das Europäische Parlament und Anhörung des EWSA vorgesehen werden, insbesondere in Bezug auf die Demokratie (an einem runden Tisch zu diesem Thema müsste der Ausschuss auf jeden Fall einen zentralen Platz einnehmen), die Organisation von Regionalveranstaltungen durch die Europe-Direct-Zentren und die Vorschläge zur Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben.
- 1.4 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission des Weiteren auf, schon jetzt die Umsetzung bestimmter Aspekte des Verfassungsvertrags im Zusammenhang mit den Bestimmungen über das demokratische Leben der Union zu betreiben, ist er doch der Ansicht, dass solche Maßnahmen nicht nur das Vertrauen der europäischen Bürger stärken, sondern auch die Debatte weiter demokratisieren und beleben können.
- 1.5 Der Ausschuss ist daher der Meinung, dass die organisierte Zivilgesellschaft bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Inhalt des Europäischen Gesetzes zur Festlegung der Verfahren, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Initiativrecht sichern, angehört werden könnte. Der Ausschuss könnte dementsprechend um Abgabe einer Sondierungsstellungnahme ersucht werden. Und er könnte den Initiativen der Zivilgesellschaft seine Unterstützung zuteil werden lassen.

⁶ CESE 1249/2005, Anhang, S. 14-15.

- 1.6 Die Bestimmungen über die partizipative Demokratie sollten Gegenstand einer Reihe von Mitteilungen der Europäischen Kommission werden, in denen die Verfahren für die Anhörung und die Rolle des Ausschusses festgelegt werden.
- 1.7 Der Ausschuss fordert die Europäische Kommission auf, die Vorlage eines Legislativvorschlags für eine echte Kommunikationspolitik in Betracht zu ziehen und auf diesem Weg das unausgesprochene Problem der fehlenden Rechtsgrundlage anzupacken, das zur Einrichtung derart zahlreicher informeller Mechanismen und einer inkohärenten Vorgehensweise geführt hat. Nach Meinung des Ausschusses würde schon die Vorlage eines derartigen Vorschlags eine Debatte anstoßen.
- 1.8 Die Bereitstellung angemessener Finanzmittel ist für die Durchführung einer Kommunikationsstrategie, die den Erwartungen der Bürger entspricht, unerlässlich.
- 1.9 Erst nach Bereitstellung der erforderlichen Mittel werden die Medien, die lokalen und regionalen Behörden sowie die politischen Parteien und die Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, als Informationskanal aufzutreten. Sie werden dann in der Lage sein, klare Botschaften über die Auswirkungen des Integrationsprozesses zu vermitteln, die auf die Anliegen ihrer Zielgruppe vor Ort abgestimmt sind.
2. **Auszüge aus der Stellungnahme vom Mai 2006 "Beitrag zum Europäischen Rat am 15./16. Juni 2006 - Phase des Nachdenkens"**⁷
 - 2.1 Der EWSA ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, gezielte und andauernde Informationskampagnen zu den Errungenschaften der europäischen Integration und deren Mehrwert zu entwickeln und eine "europäische Bürgerkunde" ab der Grundschule einzurichten. Damit diese Öffentlichkeitsarbeit glaubwürdig ist und nicht mit Propaganda verwechselt wird, muss sie sich auf ein Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft stützen und auf eine konkrete Aussprache zu den politischen Inhalten ausgerichtet sein. Der Europäischen Kommission kommt außerdem eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Einheitlichkeit der europäischen Informationskampagnen zu. In diesem Zusammenhang muss die Kommission die Politiken und Mechanismen der EU stärker verteidigen und sich nicht mit einer neutralen Haltung begnügen.
 - 2.2 Ein neuer Pakt zwischen Europa und den Bürgern an erster Stelle

⁷ CESE 745/2006, Ziffer 5.5.1.

3. **Auszug aus der Stellungnahme des EWSA INT/292, "Spezifische Programme"⁸**

- 3.1 Nach Meinung des Ausschusses sollte es Ziel dieses Programms sein, zu einem umfassenden Verständnis der komplexen, miteinander verknüpften sozioökonomischen, rechtlichen und kulturellen Herausforderungen Europas beizutragen, einschließlich der Frage nach Europas historischen Wurzeln und Gemeinsamkeiten sowie nach seinen Grenzen und Nachbarn. Eine für die geistigen Grundlagen und die Identitätsbildung der Gemeinschaft besonders wichtige Aufgabe, die auch den Umgang der Mitgliedstaaten und der Bürger Europas untereinander betrifft, wäre es, zu einer gemeinsamen, also für alle Mitgliedstaaten gleichen Beschreibung und Bewertung der Europäischen Geschichte zu kommen und dieses Ergebnis zur Grundlage des Lehrstoffes im Geschichtsunterricht in den Mitgliedstaaten zu machen bzw. bereits dazu bestehende Ansätze zu verstärken.
-

8

INT/292 - CESE 583/2006, Ziffer 4.2.8.1.